



**Stoppt den  
Waffenhandel!**

### **Frage des Monats**

**Gruppen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! wenden sich an ParteivertreterInnen und Bundestagsabgeordnete, damit sich diese für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Die pax christi Gruppe Münster hat dazu die "Frage des Monats" entwickelt. Dabei legt sie den Politikern des Wahlkreises in vierwöchentlichem Abstand eine Frage Thema zum Waffenhandel vor.**

### **Frage des Monats Februar 2013**

Im Jahr 2012 hat die Bundesregierung laut „Handelsblatt“ umfassende Waffenlieferungen an Israel getätigt. Dazu zählten neueste Funk- und Aufklärungstechnik u.a. für die Marine und Konstruktionspläne für die Ausrüstung bereits gelieferter U-Boote mit Abschussrohren für ballistische Flugkörper. Auch bisher strittige Waffensysteme für die Landkriegsführung sollen vom Bundessicherheitsrat genehmigt worden sein, z.B. panzerbrechende Waffen. Solche Panzerfäuste können gegen Fahrzeuge und im Häuserkampf eingesetzt werden. Diese Lieferung habe das in Deutschland ansässige Unternehmen Dynamit Nobel Defence beantragt, eine Tochter des israelischen Rüstungsunternehmens Rafael, heißt es im „Handelsblatt“.

**Wir meinen:** Solche Rüstungslieferungen sind trotz aller deutschen Verpflichtungen gegenüber Israel höchst fragwürdig und gefährlich. Eine Region mit mehreren hoch explosiven Konflikten wird weiter aufgerüstet. Es steht zu befürchten, dass zum einen der Irankonflikt eskaliert, weil das Land sich von der Atommacht Israel bedroht fühlt (wie umgekehrt auch). Zum anderen könnten bestimmte Waffen im Konflikt mit den Palästinensern eingesetzt werden, sodass die Gewalt verschärft wird, statt eine Friedenslösung anzustreben.

**Wir fragen Sie:** Wie beurteilen Sie diese Art der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Israel? Vorausgesetzt, dass die Informationen stimmen: Halten Sie solche Waffenlieferungen für genehmigungsfähig?

### **Es antworteten**

- Christoph Strässer, SPD
- Marc Würfel-Elberg, CDU

### **Für die SPD antwortete Christoph Strässer, MdB, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag**

Ich bin absolut gegen eine solche Ausweitung der Rüstungsexporte nach Israel. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, hat hierzu zutreffend gesagt: "Wenn es stimmt, dass der Bundessicherheitsrat in verstärktem Umfang Waffensysteme für die Landkriegsführung genehmigt hat, dann wäre dies ein klarer Bruch mit der bisherigen Rüstungsexportpraxis vorhergehender Bundesregierungen." Natürlich sind wir ausnahmslos der Meinung, dass Israel ein Recht auf Sicherheit hat und sich gegen Extremisten und Raketenangriffe verteidigen können muss. Es ist aber ein Trugschluss zu glauben, dass durch mehr Waffensysteme auch automatisch mehr Sicherheit geschaffen werden kann. Das gilt für jede Waffenart. Es ist überall in der Welt zu beobachten, wie das Vorhandensein von Waffen die Gewaltbereitschaft steigert. Im Gegenteil führen immer mehr Waffen vor allem in Krisengebieten zu einer stärkeren Destabilisierung der Lage. Es ist völlig unvorhersehbar, ob

diese Waffen zum Beispiel nicht auch für die Durchsetzung der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik genutzt werden würden. Der Gaza-Konflikt hat uns deutlich gemacht, dass Israel zwar fraglos ein Recht auf Selbstverteidigung hat, aber der Nahostkonflikt sich militärisch nicht lösen lässt. Durch solche Exporte verlässt die Bundesregierung zudem ihre selbstverpflichtenden Grundsätze, die Kriegswaffenlieferungen in ein Spannungsgebiet wie den Nahen Osten verbieten. Ergo: Ich bin gegen diese Waffenlieferungen und fordere dringend ein Ende der Geheimniskrämerei im Bundessicherheitsrat.

#### **Für die CDU antwortete Marc Würfel-Elberg, AK Außen-, Sicherheitspolitik & Europa**

Auf der einen Seite ist der Export von Waffen in Krisenregionen eine sensible Angelegenheit und sollte hierzulande möglichst restriktiv gehalten werden. Auf der anderen Seite nimmt Deutschland seine historisch gewachsene Verantwortung sehr ernst. Das Existenzrecht Israels gilt als unverbrüchliche Maxime deutscher Außen- und Sicherheitspolitik! Die sicherheits- und rüstungspolitische Zusammenarbeit mit Israel hat eine lange Tradition. Bereits seit den 50er Jahren leistet die Bundesrepublik zur Stärkung der israelischen Streitkräfte einen wichtigen Beitrag. Dies war aber auch keine Einbahnstraße. So wurde die junge Bundesrepublik selbst von Israel beliefert und mit Erkenntnissen über die Rüstungsgüter des Warschauer Paktes versorgt (die während der Nahost-Konflikte in den Besitz Israels gelangten und analysiert werden konnten). Die umfassende Unterstützung der einzigen Demokratie im Nahen Osten, Israels, bleibt auch heute gerade angesichts aktueller destabilisierender Entwicklungen in den Nachbarstaaten wichtig.

Eine Verknüpfung deutscher Rüstungsexporte mit politischen Zugeständnissen u.a. im Bereich der Siedlungspolitik und zur Verbesserung der Situation der Palästinenser halten wir allerdings für legitim. Die Waffenlieferungen hielten wir daher unter der Voraussetzung der Einhaltung gegebener politischer Zusagen und mit Blick auf die langjährige Zusammenarbeit für genehmigungsfähig.

2

Die von Ihnen geäußerte Befürchtung einer Konfliktverschärfung durch den Export genannter Waffen teilen wir so nicht. Die Lieferung von Panzerabwehrhandwaffen bedeutet keine automatische Verschärfung des Palästinenserkonflikts, zumal die israelische Rüstungsindustrie durchaus auch selbst Waffen herzustellen vermag. Sollten die gelieferten U-Boote mit ballistischen Flugkörpern bestückt werden, dient dies nach unserer Einschätzung wohl der Abschreckung des Iran und nicht der Provokation. Der Erfolg glaubhafter Abschreckung sollte uns in Deutschland noch gut im Gedächtnis sein und ist daher Israel nicht zu verwehren.

Dass Deutschland stark an einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts interessiert ist, dürfte außer Frage stehen. So wurde z.B. die aktuelle Lieferung der U-Boote an politische Zugeständnisse geknüpft, deren Umsetzung die Lage der Palästinenser verbessern soll. Die Waffenlieferungen an Israel tragen dem legitimen Sicherheitsbedürfnis Israels und der Stabilität in der Region Rechnung. Im Widerspruch zu einer friedlichen Lösung der Konflikte stehen sie nicht.